

Pressemitteilung
01. September 2026

Medienbildung ist eine zentrale Aufgabe der Bildungspolitik in Schule und Jugendarbeit

Forderungen zur Abgeordnetenhauswahl Berlin 2026

Die Berliner Mitglieder der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) fordern die Parteien zur Abgeordnetenhauswahl 2026 auf, Medienbildung und den Umgang mit Künstlicher Intelligenz stärker zu fördern. Das gilt für alle Bildungsbereiche – frühkindliche Bildung, Jugendarbeit, Schule und Elternbildung.

Soziale Medien, Künstliche Intelligenz, Desinformation und digitale Gewalt stellen junge Menschen, Eltern, Schulen und die Kinder- und Jugendhilfe vor neue Herausforderungen. Die Nachfrage nach Beratung, Workshops und Fortbildungen in Berlin steigt. Viele bestehende Angebote stoßen jedoch an ihre personellen und finanziellen Grenzen und können den Bedarf bei Weitem nicht decken.

Die Sprecher*innen der Berliner Landesgruppe der GMK betonen: „Verbote und Einschränkungen allein reichen nicht aus, um den Herausforderungen in der digitalen Welt gerecht zu werden. Wer Kinder und Jugendliche schützen will, muss sie auch stark machen. Medienbildung und Prävention gehören deshalb genauso zum Jugendmedienschutz wie Regeln und Schutzmaßnahmen.“

Dabei ist Medienbildung „keine freiwillige Zusatzaufgabe“. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) verpflichtet dazu, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern, ihre Teilhabe zu stärken und sie zu schützen. Dieser Auftrag gilt ebenso für ihre digitale Lebenswelt. Berlin trägt dieser Entwicklung Rechnung: Mit dem neuen Berliner Bildungsprogramm wurde Medienbildung als eigenständiger Bildungsbereich verankert. Dennoch fehlt eine Gesamtstrategie für das Land Berlin.

Daher fordern die Berliner Mitglieder der GMK:

- eine gemeinsame Strategie für Medienbildung und KI in Berlin,
- eine langfristige und verlässliche Finanzierung von Medienbildung,
- die Sicherung und Stärkung der Berliner Medienkompetenzzentren,
- kontinuierliche Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte,
- medienpädagogische Fachkräfte als Teil multiprofessioneller Teams an Schulen.

Die Berliner Mitglieder der GMK appellieren an die Parteien, Medienbildung als „gesetzlichen Auftrag und wichtige Aufgabe für Berlin“ ernst zu nehmen und die notwendigen Strukturen langfristig zu sichern.

Die **Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK)** ist der größte bundesweite Fachverband für Medienkompetenz und Medienbildung. Mit dem Ziel, Medienpädagogik als festen Bestandteil der Bildungslandschaft zu etablieren, bringen wir seit 1984 Fachkräfte, Expert*innen, Institutionen sowie alle Interessierten aus Bildung, Kultur, Medien und Politik zusammen – für eine kreative und kritische Medienpädagogik, die politische, soziale, kulturelle, technische und ethische Perspektiven verbindet. Als gemeinnütziger Verein mit Sitz in Bielefeld beraten wir Politik und Bildungssektor, positionieren uns öffentlich zu aktuellen medienpädagogischen Themen und sind Plattform für Austausch, Vernetzung und Kooperationen.

Kontakt: GMK e.V. | Obernstr. 24a, 33602 Bielefeld | 0521 677 88 | gmk@gmk-net.de | www.gmk-net.de

GMK-Landesgruppe Berlin-Brandenburg

Vertreten durch Susanne Schmitt und Dr. Guido Bröckling (Sprecher*innen)

Kontakt: berlin-brandenburg@gmk-net.de